

Liebe Gemeinde,

wie geht es Ihnen nach dem Hören dieses Briefabschnittes?

Ich muss Ihnen gestehen: ich war geschockt, als ich ihn das erste Mal las.

„Die Obrigkeit ist Gottes Dienerin“, schreibt Paulus. Und: „Jedermann sei der Obrigkeit untertan.“ Und auch: „Die Obrigkeit vollzieht das Strafgericht Gottes.“

Mein erster Gedanke war: „Paulus, geht es nicht auch ein bisschen weniger dick aufgetragen?“

Und mein zweiter: „Paulus, was du da schreibst, das kann ich auf keinen Fall in Einklang bringen mit unserem heutigen Staatssystem.“

Aber: wie sieht es denn aus mit der „Obrigkeit“ in unserem Staat?

Nach heutigem Verständnis gibt es keine von Gott eingesetzte Obrigkeit. Der Staat ist rein weltlich zu verstehen. Die Obrigkeit ist vom eigentlichen Souverän des Staates, nämlich vom Volk eingesetzt.

1948 kamen Vertreter dieses Volkes zusammen und schufen das Grundgesetz. Das trat am 23. Mai 1949 um 24.00 Uhr in Kraft und bildet bis heute die Rechtsgrundlage unseres Staates. In diesem Grundgesetz ist in Artikel 20, Absatz 2 die Gewaltenteilung festge-

schrieben. Sie gewährleistet die Verteilung der Staatsgewalt auf mehrere Staatsorgane zum Zweck der Machtbegrenzung und der Sicherung von Freiheit und Gleichheit. Nach historischem Vorbild werden dabei die drei Gewalten Gesetzgebung (Legislative), Vollziehung (Exekutive) und Rechtsprechung (Judikative) unterschieden.

Auf einer im Jahr 1981 erschienenen Briefmarke der Deutschen Bundespost kann man diesen Grundgedanken der Demokratie zusammengefasst nachlesen. Denn auf der Marke steht folgender Text: „Grundgedanken der Demokratie – die Gewaltenteilung. Die Staatsgewalt wird durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt“.

Machtbegrenzung, Freiheit und Gleichheit, das sind also die Stichworte, an denen der Briefabschnitt von Paulus sich messen lassen muss.

Befragen wir ihn darauf hin:

Zunächst zur Machtbegrenzung: „Die Obrigkeit ist eine Dienerin Gottes“, schreibt Paulus. Und: „Sie ist von Gott eingesetzt“. Das schließt von vornherein jede Machtbegrenzung aus. Denn wer von

Gott eingesetzt ist, der hat quasi göttliche Macht und damit auch göttliche Machtbefugnis. Niemand kann dagegen Einspruch erheben.

Dann zur Freiheit: „Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt den Anordnungen Gottes“, schreibt Paulus. Das schließt Freiheit aus. Zumindest die Freiheit, Anordnungen der Obrigkeit aufgrund seines eigenen Rechts- und Staatsempfindens zu hinterfragen oder gar abzulehnen. Eine Freiheit zum Andersdenken oder gar zum Widerstand gibt es nicht.

Dann zur Gleichheit: auch die gibt es nach dem zuvor Gesagten natürlich nicht. Vielmehr benennt Paulus eine klare Hierarchie: die von Gott eingesetzte Obrigkeit oben; der Untertan, wie das Wort schon sagt, unten. Seine einzige Aufgabe: die Obrigkeit zu fürchten.

Also: weder Machtbegrenzung noch Freiheit noch Gleichheit finden Niederschlag in diesem Briefabschnitt des Paulus.

Was machen wir also mit ihm? Beiseite legen? Einfach nicht weiter beachten?

Klären wir zunächst den historischen Hintergrund des Briefes. Vielleicht hilft das weiter. Geschrieben vor beinahe 2000 Jahren. Ge-

schrieben an die Gemeinde in Rom. Und damit hingeschrieben in eine Staatsform, die spätestens seit der Geburt von Jesus unter Augustus die des gottähnlichen Kaisertums war und damit meilenweit von unserer heutigen Demokratie entfernt.

Aber hilft der historische Hintergrund tatsächlich weiter? Macht er das Ganze nicht noch viel schlimmer?

Dem gottähnlichen Kaiser sollen sich die Glieder der römischen Gemeinde ohne Wenn und Aber unterordnen und mit ihm gemeinsam aller Obrigkeit, inklusive der Schwertgewalt? Unterordnung also auch dann, wenn Kaiser, Obrigkeit und Schwertgewalt das Volk unterdrücken und massives Unrecht ausüben?

Das war ja damals vielfach der Fall, und einer dieser Fälle ist die Kreuzigung von Jesus.

Also: die geschichtliche Betrachtung hilft nicht weiter. Das Urteil über diesen Briefabschnitt des Paulus fällt vor dem historischen Hintergrund aus heutiger Sicht sogar noch kritischer aus.

Und? Gibt es denn gar nichts, was aus diesem Briefabschnitt auch heute noch beachtet werden kann?

Für mich ist es lediglich ein einziges Wort, nämlich das Wort „Gewissen“, und das auch nur, wenn es komplett aus dem Kontext des Briefabschnittes herausgeschält wird.

„Um des Gewissens willen ist es notwendig sich unterzuordnen“, schreibt Paulus.

Ich würde das auf unsere heutige Staatsform bezogen gerne folgendermaßen formulieren:

Dass diese Staatsform so existiert, wie sie eben existiert, hat etwas mit „Gewissen“ zu tun. Oder mit ethischen und moralischen Grundsätzen, die für mich zum großen Teil auf den Säulen der abendländischen Kultur und damit des Christentums beruhen.

Diese Grundsätze sind in meinen Augen gute Grundsätze. Grundsätze, die – wie bereits am Anfang erwähnt - die Macht begrenzen und die Freiheit und die Gleichheit sichern.

Deswegen – so meine ich – haben wir uns als Bürger dieses Staates diesen Grundsetzen unterzuordnen.

Oder genauer formuliert, um das Wort „unterordnen“ zu vermeiden: wir haben als mündige Bürger dafür zu sorgen, dass diese Grundsätze umgesetzt und eingehalten werden. Aber eben auch: wir haben als mündige Bürger allem zu widerstehen, was diese Grundsätze auszuhebeln und zu vernichten droht.

Dabei wird dann für jeden einzelnen von uns wieder das Gewissen wichtig, von dem Paulus spricht. Denn dieses Gewissen, das sich für Christen allererst an christlichen Werten zu orientieren hat, ist der einzige Maßstab, der die Grundsätze Machtbegrenzung, Freiheit und Gleichheit angemessen zu beurteilen vermag.

So. Das war schwere Kost. Und nun bin ich gespannt auf das, was der Leiter des Lehrter Polizeikommissariats, Ulrich Bode, zu diesem Thema zu sagen hat...

Amen.